

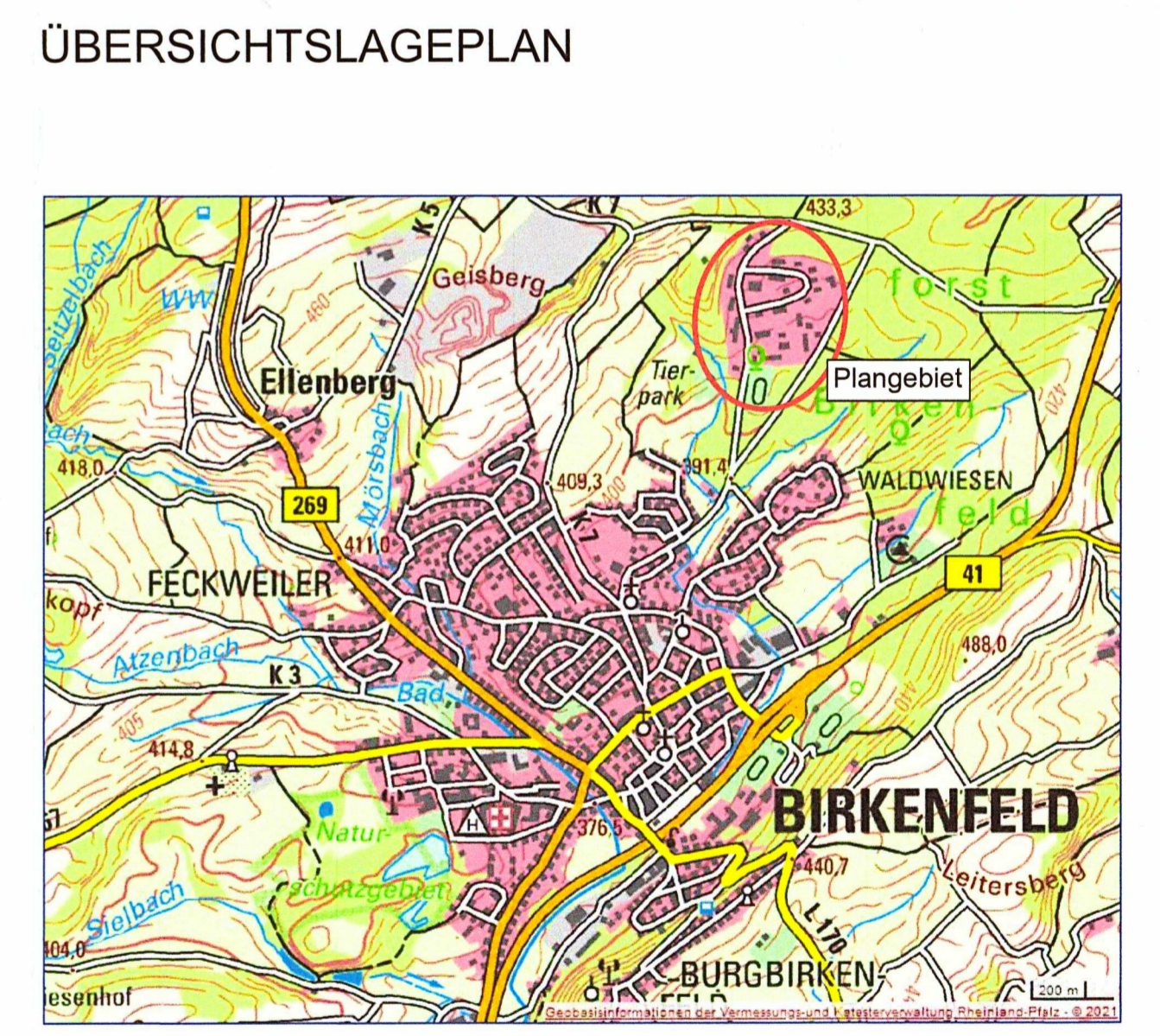
- LEGENDE** (gemäß PlanZV 1990)
- Art der baulichen Nutzung** (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 des Baugesetzbuches - BauGB, §§ 1 bis 11 der Bauutzungsverordnung - BauNVO)
 - MU 1-4 1.2.4. Urbane Gebiete (§ 6a BauNVO)
 - GE 1-3 1.3.1. Gewerbegebiete (§ 8 BauNVO)
 - SO 1.4.2. Sonstige Sondergebiete (§ 11 BauNVO) Zweckbestimmung: Photovoltaik
 - Maß der baulichen Nutzung** (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, § 16 BauNVO)
 - 12 2.1. Geschossflächenzahl, als Höchstmaß -Beispiel-
 - 0,4 2.5. Grundflächenzahl -Beispiel-
 - III 2.7. Zahl der Vollgeschosse, als Höchstmaß
 - GH_{max} 2.8. Gebäudehöhe, als Höchstmaß
 - Bauweise, Baulinien, Baugrenzen** (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB, § 22 und 23 BauNVO)
 - a 3. Art der Bauweise: abweichende Bauweise
 - 3.5. Baugrenze
 - Einrichtungen und Anlagen zur Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen des öffentlichen und privaten Bereichs, Flächen für den Gemeinbedarf, Flächen für Sport- und Spielanlagen** (§ 9 Abs. 1 Nr. 5 BauGB)
 - 4.1. Flächen für den Gemeinbedarf; Soziales Zwecke dienende Gebäude und Einrichtungen; hier: Kita
 - 4.2. Flächen für Sport- und Spielanlagen; hier: Sportanlagen
 - Verkehrsflächen** (§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB)
 - 6.1. Öffentliche Straßenverkehrsflächen
 - 6.2. Straßenbegrenzungslinie
 - 6.3. Private Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung; Privatstraße
 - 6.3. Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung
 - P Öffentliche Parkfläche
 - Rad- und Gehweg
 - B Bushaltestelle
 - Leb Ladestation
 - Flächen für Versorgungsanlagen, für die Abfallentsorgung und Abwasserbeseitigung sowie für Ablagerungen Anlagen, Einrichtungen und sonstige Maßnahmen, die dem Klimawandel entgegenwirken** (§ 9 Abs. 1 Nr. 12, 14 BauGB)
 - 7. Flächen für Versorgungsanlagen, für die Abfallentsorgung und Abwasserbeseitigung sowie für Ablagerungen
 - Elektrizität, Trafostation
 - Abwasser
 - RRB Regenwasserrückhaltebecken
 - Grünflächen** (§ 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB)
 - privat 9. Private Grünflächen
 - öffentlich 9. Öffentliche Grünflächen
 - 01-04 Zuordnung -siehe Textliche Festsetzungen-
 - Flächen für die Landwirtschaft und Wald** (§ 9 Abs. 1 Nr. 18 BauGB)
 - 12.2. Flächen für Wald
 - Planungen, Nutzungsregelungen, Maßnahmen und Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft** (§ 9 Abs. 1 Nr. 20, 25 BauGB)
 - 13.1. Umgrenzung von Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und Entwicklung von Natur und Landschaft (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 und Abs. 6 BauGB) Maßnahmen -siehe Textliche Festsetzungen -Beispiel-
 - 13.2.1. Umgrenzung von Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 25a BauGB)
 - 13.2.2. Umgrenzung von Flächen mit Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen, sowie von Gewässern (§ 9 Abs. 1 Nr. 25b BauGB)
 - 13.2.2. Erhaltung: Bäume

- Sonstige Planzeichen**
 - 15.5. Mit Leitungsrechten zu belastende Flächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 21 BauGB)
 - 15.13. Grenze des räumlichen Geltungsbereiches (§ 9 Abs. 7 BauGB)
 - 15.14. Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung, z.B. von Baugebieten, oder Abgrenzung des Maßes der Nutzung innerhalb eines Baugebietes (§ 1 Abs. 4, § 16 Abs. 5 BauNVO)
 - Gebäuderückbau
- Informative Plankennzeichnungen**
 - vorgeschlagene Grundstücksgrenzen
 - bestehendes Breitbandkabel (inexio GmbH)
 - bestehende / geplante unterirdische 20 KV / 1 KV Leitung (Westnetz GmbH)

VERFAHRENSVERMERKE

- AUFSTELLUNGSBESCHLUSS:** Der Rat der Stadt Birkenfeld hat in seiner Sitzung am 29.09.2017 die Aufstellung dieses Bebauungsplanes beschlossen.
- ÖFFENTLICHE BEKANNTMACHUNG DES AUFSTELLUNGSBESCHLUSSES:** Die örtliche Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses gemäß § 2 Abs. 1 BauGB erfolgte am 13.09.2017.
- FRÜHZEITIGE BETEILIGUNG DER ÖFFENTLICHKEIT:** Der Planentwurf lag gemäß § 3 Abs. 1 BauGB nach Bekanntmachung vom 04.08.2021 in der Zeit vom 12.08.2021 bis zum 13.09.2021 öffentlich aus.
- FRÜHZEITIGE BETEILIGUNG DER BEHÖRDEN UND SONSTIGEN TRÄGER ÖFFENTLICHER BELANGE:** Das Verfahren zur Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich durch die Planung berührt werden kann, wurde gemäß § 4 Abs. 1 BauGB mit Schreiben vom 29.07.2021 eingeleitet. Die Frist für die Abgabe der Stellungnahmen endete am 13.09.2021.
- ÖFFENTLICHE AUSLEGUNG DES PLANENTWURFS:** Der Planentwurf lag gemäß § 3 Abs. 2 BauGB nach Bekanntmachung vom 08.11.2023 mit der Begründung und den nach Einschätzung der Gemeinde wesentlichen, umweltbezogenen Stellungnahmen in der Zeit vom 09.11.2023 bis zum 11.12.2023 öffentlich aus.
- BETEILIGUNG DER BEHÖRDEN UND SONSTIGEN TRÄGER ÖFFENTLICHER BELANGE:** Das Verfahren zur Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurde gemäß § 4 Abs. 2 BauGB mit Schreiben vom 30.10.2023 eingeleitet. Die Frist für die Abgabe der Stellungnahmen endete am 11.12.2023.
- ERNEUTE ÖFFENTLICHE AUSLEGUNG DES PLANENTWURFS:** Aufgrund von erforderlichen Änderungen an der Entwurfsfassung nach der Offenlage lag der Planentwurf gemäß § 4a Abs. 3 S. 1 BauGB i.V.m. § 3 Abs. 2 BauGB nach Bekanntmachung vom 20.12.2023 mit der Begründung und den nach Einschätzung der Gemeinde wesentlichen, umweltbezogenen Stellungnahmen in der Zeit vom 04.01.2024 bis zum 18.01.2024 erneut öffentlich aus.
- ERNEUTE BETEILIGUNG DER BEHÖRDEN UND SONSTIGEN TRÄGER ÖFFENTLICHER BELANGE:** Parallel zur erneuten öffentlichen Auslegung erfolgte auch eine erneute Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4a Abs. 3 S. 1 BauGB i.V.m. § 4 Abs. 2 BauGB, wobei die durch die vorgenommenen Änderungen die Grundzüge der Planung nicht berührt wurden, die Einholung der Stellungnahmen auf die hiervon betroffenen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange beschränkt wurde. Das Verfahren zur Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurde mit Schreiben vom 18.12.2023 eingeleitet. Die Frist für die Abgabe der Stellungnahmen endete am 18.01.2024.
- SATZUNGSBESCHLUSS ÜBER DIE ÖRTLICHEN BAUVORSCHRIFTEN UND SATZUNGSBESCHLUSS DES BEBAUUNGSPLANES:** Aufgrund des § 24 GemO und § 88 LBauO hat der Stadtrat die auf Landesrecht beruhenden örtlichen Bauvorschriften des Bebauungsplanes in seiner Sitzung am 06.02.2024 als Sitzung beschlossen. Aufgrund des § 10 Abs. 1 BauGB hat der Stadtrat nach vorangegangener Prüfung der Stellungnahmen und Abwägung des Ergebnisses der Umweltprüfung den Bebauungsplan mit Übernahme der auf Landesrecht beruhenden Festsetzungen in seiner Sitzung am 06.02.2024 als Sitzung beschlossen. Birkenfeld, den 07.02.2024
vertreten durch die 1. Beigeordnete Christine Tholey-Martens
- GENEHMIGUNG:** Gemäß § 10 Abs. 2 BauGB genehmigt durch Kreisverwaltung Birkenfeld, den 05.03.2024
(Unterschrift)
- AUSFERTIGUNG:** Der Bebauungsplan bestehend aus Planzeichnung, bauplanungs- und bauordnungsrechtlichen Festsetzungen und Begründung stimmt mit allen seinen Bestandteilen mit dem Willen des Gemeinderates überein. Das für den Bebauungsplan vorgeschriebene gesetzliche Verfahren wurde eingehalten. Der Bebauungsplan wird hiermit ausgefertigt. Er tritt am Tag seiner Bekanntmachung in Kraft. Ausgefertigt: Birkenfeld, den 06.03.2024
vertreten durch die 1. Beigeordnete Christine Tholey-Martens
- BEKANNTMACHUNG DES BESCHLUSSES DES BEBAUUNGSPLANES UND DER ÖRTLICHEN BAUVORSCHRIFTEN / BEKANNTMACHUNG DER ERTEILUNG DER GENEHMIGUNG:** Die örtliche Bekanntmachung des Beschlusses des Bebauungsplanes / der Bekanntmachung der Erteilung der Genehmigung gemäß § 10 Abs. 3 BauGB sowie die öffentliche Bekanntmachung der Satzung über die örtlichen Bauvorschriften gem. § 24 Abs. 3 GemO erfolgte am 13.03.2024
Birkenfeld, den 13.03.2024
vertreten durch die 1. Beigeordnete Christine Tholey-Martens

- RECHTSGRUNDLAGEN**
- Bundesgesetze**
- Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 20. Dezember 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 394).
 - Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung - BauNVO) in der Fassung vom 21. November 2017 (BGBl. I S. 3786), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 3. Juli 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 176).
 - Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhaltes (Planzeichnungsverordnung - PlanZV) vom 18. Dezember 1990 (BGBl. 1991 I S. 58), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 14. Juni 2021 (BGBl. I S. 1902).
 - Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) in der Fassung vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 8. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2240).
 - Wasserhaushaltsgesetz (WHG) in der Fassung vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 22. Dezember 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 409).
 - Bundes-Bodenschutzgesetz (BBodSchG) in der Fassung vom 17. März 1998 (BGBl. I S. 502), zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 25. Februar 2021 (BGBl. I S. 306).
 - Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) in der Fassung vom 17. Mai 2013 (BGBl. I S. 1274; 2021 I S. 123), zuletzt durch Artikel 11 Absatz 3 des Gesetzes vom 26. Juli 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 202).
 - Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. März 2021 (BGBl. I S. 540), zuletzt geändert durch Artikel 10 des Gesetzes vom 22. Dezember 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 409).
 - Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG 2023) vom 21. Juli 2014 (BGBl. I S. 1066), zuletzt geändert durch Artikel 13 des Gesetzes vom 22. Dezember 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 405).
- Landesgesetze**
- Landesbauordnung Rheinland-Pfalz (LBauO) in der Fassung vom 24. November 1998 (GVBl. S. 365), zuletzt geändert durch Gesetz vom 07. Dezember 2022 (GVBl. S. 403).
 - Landesbodenschutzgesetz Rheinland-Pfalz (LBodSchG RLP) vom 25. Juli 2005, zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 26. Juni 2020 (GVBl. S. 287).
 - Landesgesetz zur Installation von Solaranlagen (Landessolargesetz - LSolarG) in der Fassung vom 30. September 2021 (GVBl. 2021, 550), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22. November 2023 (GVBl. S. 367).
 - Landesverordnung zur Durchführung des Landessolargesetzes (LSolarGDVO) in der Fassung vom 15. Dezember 2022 (GVBl. 2022, 484).
 - Landesnaturenschutzgesetz (LNatSchG) in der Fassung vom 6. Oktober 2015 (GVBl. S. 283), zuletzt geändert durch Artikel 8 des Gesetzes vom 26. Juni 2020 (GVBl. S. 287).
 - Landesstraßengesetz (LStrG) in der Fassung vom 1. August 1977 (GVBl. S. 273), zuletzt geändert durch § 84 des Gesetzes vom 7. Dezember 2022 (GVBl. S. 413).
 - Landeswassergesetz (LWG) für das Land Rheinland-Pfalz, in der Fassung vom 14. Juli 2015 (GVBl. S. 127), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 8. April 2022 (GVBl. S. 118).
 - Gemeindeordnung (GemO) in der Fassung vom 31. Januar 1994 (GVBl. S. 153), zuletzt mehrfach geändert und § 35a neu eingefügt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 24. Mai 2023 (GVBl. S. 133).
- Die bauplanungsrechtlichen und bauordnungsrechtlichen Textfestsetzungen im gesonderten Beiblatt sind Bestandteil des Bebauungsplans. Die Begründung mit den Angaben nach § 2a Satz 1 BauGB ist beigefügt.



STADT BIRKENFELD
BEBAUUNGSPLAN
"HEINRICH-HERTZ-CAMPUS BIRKENFELD"

M 1 : 2000

STADTPLANUNG
LANDSCHAFTSPLANUNG
 Freie Stadtplanung PartGmbH

Bruchstraße 5
 67655 Kaiserlautern
 Standort Rhein-Neckar
 Mittelstraße 16
 68169 Mannheim

Dipl. Ing. Heiner Jakobs
 Roland Kettering
 Dipl. Ing. Peter Riedel
 Dipl. Ing. Walter Ruppert

Telefon 0631 / 36158 - 0
 E-Mail buero@bbp-kl.de
 Web www.bb-kl.de

Sitz KL: alle Partner I MA: P. Riedel

Datengrundlage: Geobasisinformationen der Vermessungs- und Katasterverwaltung Rheinland-Pfalz (Zustimmung vom 15. Oktober 2002)